

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1897

98 (27.2.1897) Mittagblatt

Karlsruher Zeitung.

Mittagblatt.

Samstag, 27. Februar.

Mittagblatt.

№ 98.

Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14 (Telephonanschluß Nr. 154), woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
 Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
 Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfennige. Briefe und Gelder frei.
 Der Abdruck unserer Originalartikel und Berichte ist nur mit Quellenangabe — „Karlsruh. Blg.“ — gestattet.

1897.

Die Marinetafeln des Deutschen Kaisers.

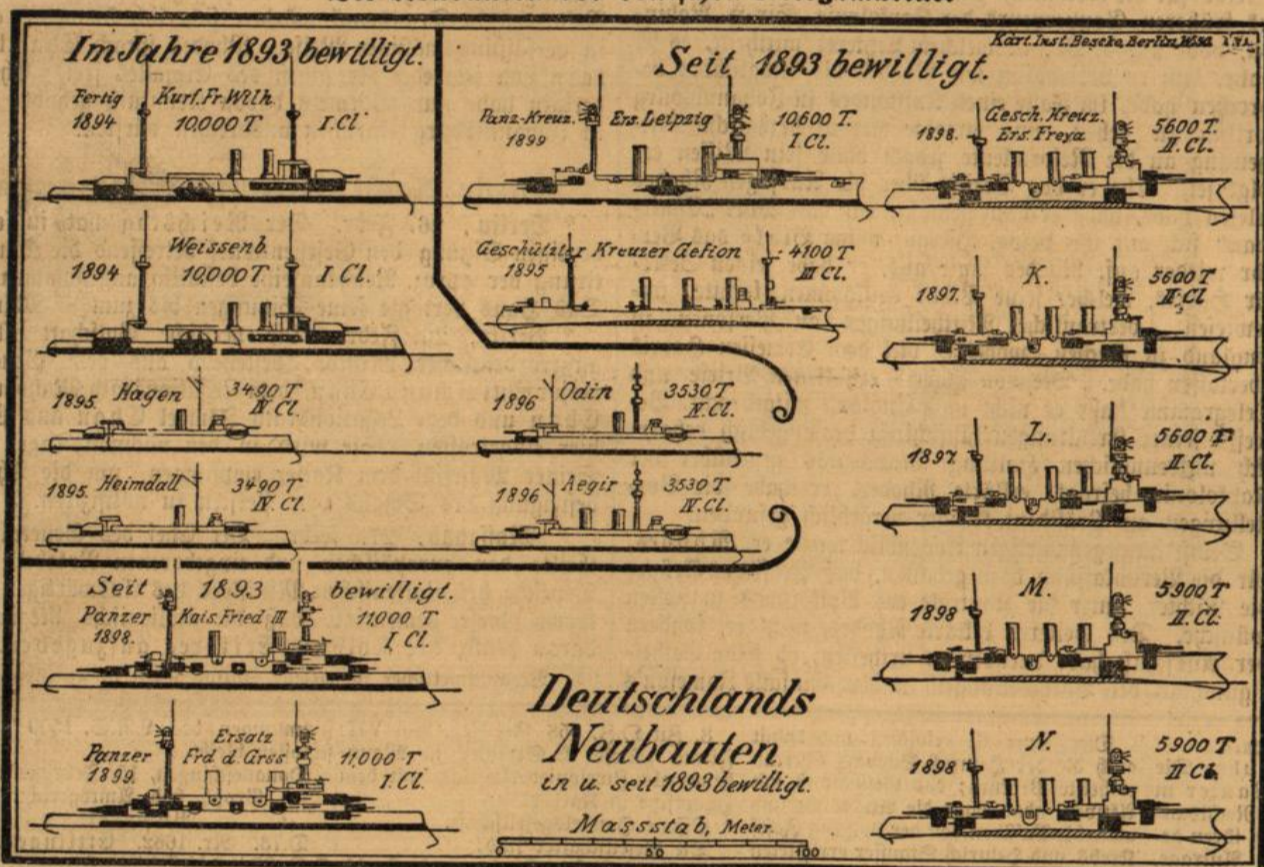
Die jüngst von Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm auf dem Souper beim preussischen Finanzminister v. Miquel einem Kreise von Abgeordneten vorgeführten eigenhändigen Zeichnungen des Kaisers, in denen die Schiffsbauten in Deutschland, Frankreich und Japan bildlich dargestellt waren, haben nebst dem zugehörigen Tabellenmaterial bekanntlich im Kuppelraum der Wandelhalle des Reichstagshauses in Berlin Aufstellung gefunden: die Tabellen sind alsbald in den Zeitungen veröffentlicht worden, ohne Beigabe der kaiserlichen Zeichnungen jedoch vermochten sie kein anschauliches Bild zu geben. Zwar sind nun inzwischen den Abgeordneten durch Steindruck hergestellte Abdrücke hergestellt, dieselben haben aber infolge unzähliger Fehler und einer durchaus ungeeigneten, durch den Mangel an fachlichem Verständniß bei der Reproduktion noch verschlechterten Zeichnungsart so sehr alle Deutlichkeit eingebüßt, daß sie den kaiserlichen Handzeichnungen nicht im entferntesten ähnlich sehen. Wir freuen uns daher umso mehr, unseren Lesern in Nachstehendem unter möglichst getreuer Anlehnung an die Originalzeichnungen des Kaisers hergestellte Zeichnungen dieser

Marinetafeln vorführen zu können, die, aus sachmännischer Hand stammend, die vom Kaiser deutlich mit Kohle und Blauflüß gezeichneten Schiffstypen in allen Hauptkonstruktionszügen klar wiedergeben.

Der Kaiser hatte in seinen Zeichnungen drei bildliche Zusammenstellungen der im Jahre 1893 und nach dem Jahre 1893 in Deutschland, Frankreich und Japan bewilligten Bauten von Panzerschiffen, Panzerkreuzern und geschützten Kreuzern gegeben; dabei war das Charakteristische der einzelnen Schiffstypen und ihr genaues Größenverhältnis untereinander streng gewahrt; die gepanzerten Schiffsteile waren mit Blauflüß hervorgehoben, die schwere und mittlere Artillerie deutlich markiert. Genau in derselben Art sind unsere nachstehenden Zeichnungen gehalten, mit dem Unterschiede, daß die gepanzerten Schiffsteile hier schwarz wiedergegeben sind, ebenso wie die Geschütze; im übrigen entsprechen unsere Zeichnungen durchweg der Gestalt der dargestellten Kriegsschiffe und bieten so einen Ersatz für die kaiserlichen Originalzeichnungen. Wir bringen zunächst:

I.

Die Neubauten der deutschen Kriegsmarine.



In der kaiserlichen Zeichnung sind die Neubauten getrennt in solche, welche im Jahre 1893 bewilligt sind, und in solche, die seit 1893 bewilligt wurden. Als erstere sind aufgeführt: Die beiden Panzerschiffe 1. Klasse „Kurfürst Friedrich Wilhelm“ und „Weissenburg“, deren jedes eine Wasserverdrängung von 10 000 Tonnen (1 Tonne = 1 Kubikmeter = 20 Centner Gewicht) besitzt, was einem Gewichte des Schiffes von 200 000 Centnern entspricht. Diese Panzerschiffe sind vollwertige Schlachtschiffe modernen Typs, ihre definitive Fertigstellung erfolgte 1894. Sodann sind in der kaiserlichen Zeichnung noch die vier Panzerschiffe 2. Klasse „Hagen“ und „Heimdal“ von je 3 490 Tonnen, beide Schiffe 1895 fertig geworden, sowie „Odin“ und „Aegir“ von je 3 530 Tonnen Displacement, beide 1896 fertig geworden, aufgeführt. Mit diesen sechs Panzerschiffen ist die erste Rubrik erschöpft; die vier letztgenannten sind bekanntlich nur zur Küstenverteidigung bestimmt und verwendbar.

In der kaiserlichen Zeichnung folgen nun als die seit 1893 bewilligten Schiffe die beiden Panzerschiffe 1. Klasse „Kaiser Friedrich III.“, „Ersatz Friedrich der Große“, der Kreuzer „Gestion“ und der Panzerkreuzer „Ersatz Leipzig“, sowie der Kreuzer „Ersatz Freya“ nebst den vier Schwesterschiffen desselben, die unter den Buchstaben K, L, M und N zur Zeit noch auf Stapel stehen; im ganzen also neun Schiffe. In unserer Zeichnung finden unsere Leser diese Schiffe in technisch korrekter Weise wiedergegeben. Die Jahreszahl links bei dem Schiff bezeichnet das Jahr, in welchem die definitive Fertigstellung des Schiffes erfolgt sein wird.

Bei den geschützten Kreuzern „Gestion“, „Ersatz Freya“, K, L, M und N ist durch eine etwas über die Wasser-

linie emporsteigende Bogenlinie das im Innern des Schiffskörpers befindliche Stahlpanzerdeck, welches eine leicht gewölbte Form hat, angedeutet. Dasselbe soll, da diese Kreuzer am Rumpf nicht gepanzert sind, die unter Wasser liegenden vitalen Theile (Maschinen- und Kesselraum, Munitionsräume u. s. w.) vor dem Artilleriefeuer schützen; daher tragen diese die Bezeichnung: „Geschützte Kreuzer“.

Einen besonderen Typ bildet der Panzerkreuzer „Ersatz Leipzig“, das erste Schiff dieser Art für die deutsche Marine, während andere Marinen längst Panzerkreuzer in größerer Zahl besitzen. Diese Schiffsklasse ist gleichsam eine Mittelstufe zwischen den schweren Panzerschiffen und den leichten geschützten Kreuzern, trägt mittelstarken Gürtelpanzer, ziemlich schwere Artillerie, hat vermöge ihrer starken Maschinen eine hohe Geschwindigkeit und ist somit bis zu einem gewissen Grade feindlichen Panzerschlachtschiffen gewachsen, feindlichen Kreuzern aber überlegen.

Die moderne Schiffsbauweise hat den Kriegsschiffen ein so total verändertes Aussehen gegeben, daß diese gepanzerten Eisentolosse dem gewöhnlichen Schiffsbilde so gut wie gar nicht mehr entsprechen. Was vorn oder hinten ist, kann der Laie thatsächlich nicht mehr unterscheiden; es sei deshalb hier noch kurz bemerkt, daß bei sämtlichen Schiffsbildern unserer Zeichnungen das Vordertheil, der Bug, sich rechts befindet.

Wie sehr überlegen an Zahl und Stärke den deutschen gegenüber die Schiffsbauten Frankreichs in und seit 1893 sind, wird unsere folgende Zeichnung in augenfälliger Weise darthun.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 26. Februar.

(Telegraphische Ergänzung des vorläufigen Berichts.)
 Im weiteren Verlaufe der Debatte tritt Abg. Werner (Antif.) für die Lokomotivführer ein.

Minister Thielen bestritt, daß das Vorbild der preussischen Eisenbahnen den Reichseisenbahnen irgendwie zum Schaden gereicht hätte. Im Gegentheil habe dieses Vorbild besonders für die Beamten die besten Erfolge gehabt. Die Lokomotivführer hätten ja auch noch Uebereinnahmen aus den Kohlenersparnissen und Kilometergeldern. Uebrigens stehe Rechner diesem ehrenwerthen Stande sehr wohlwollend gegenüber. Er selbst fahre gern auf der Lokomotive und nehme guten Rath von den Lokomotivführern an.

Abg. Frhr. v. Seyl zu Herrnsheim (nat.-lib.) betont dem Abg. Buch gegenüber, daß in Süddeutschland die Achtung gegen den preussischen Beamten sehr groß sei.

Abg. Graf Oriola (nat.-lib.) stimmt zu und bemerkt, Süddeutschland erkenne an, daß Preußen stets gerecht und loyal die Rechte seiner Bundesgenossen geachtet habe.

Abg. v. Bollmar (Soz.) bestritt den Vorrednern das Recht, im Namen von Süddeutschland zu sprechen. In Bayern halte man sich das preussische Beamtenhum so weit als möglich vom Leibe.

Bei den außerordentlichen Ausgaben beantragt die Kommission, einen Posten von 1 Million Mark für den Bau einer Bahn von Bunsdorf nach Dillingen (als erste Rate) zu streichen.

Minister Thielen bittet, den Posten zu bewilligen. Die Dillinger Hütte wolle ihren Zuschuß auf 10 000 Mark erhöhen. Die Bahn ist wichtig aus praktischen und militärischen Gründen.

Abg. Lieber (Ctr.) beantragt Zurückverweisung an die Kommission.

Abg. Gammacher (natl.) stimmt dem zu.

Die Position wird an die Budgetkommission zurückverwiesen. Der Rest des Etats des Reichseisenbahnamts wird genehmigt. Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern, und zwar beim Etat des Reichsversicherungsamtes.

Abg. Lieber als Berichterstatter begründet die von der Kommission beantragte Resolution, wonach im nächstjährigen Etat beim Reichsversicherungsamt ein Theil der remunerirten richterlichen Beamten durch etatsmäßig angestellte Richter ersetzt werden soll. Eine Aenderung in der allgemeinen Organisation des Reichsversicherungsamtes sei inopportun.

Abg. Brähne (Soz.) bringt einige Beschwerden bezüglich des Versicherungswesens vor.

Abg. Graf Kanitz (konf.) bringt seine Wünsche bezüglich der Alters- und Invalidenversicherung vor, wird aber vom Präsidenten unterbrochen, der mittheilt, daß heute die Novelle zum Alters- und Invalidengesetz eingegangen sei.

Auf eine Anregung Köstke's erklärt Staatssekretär von Boetticher, ein Museum für Unfallverhütung würde größere Kosten machen, als zur Zeit verantwortet werden könne. Der Gedanke der Errichtung eines solchen Museums solle aber weiter verfolgt werden. Von Kollisionen zwischen ihm und dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Bödicker, sei nicht die Rede. Er weise es namentlich weit von sich, daß etwa unfreundliche persönliche Beziehungen beständen, aber auch in dienstlicher Beziehung könne man nicht von Kollisionen sprechen. Die Selbständigmachung des Reichsversicherungsamtes biete unüberwindliche Schwierigkeiten. Werde der Präsident des Reichsversicherungsamtes Staatssekretär, so ist er absetzbar. Da er nun zugleich der oberste richterliche Beamte in Versicherungssachen ist, würde bei einer etwaigen Absetzung das Vertrauen zu der Rechtsprechung verloren gehen. Allen berechtigten Wünschen bezüglich der äußeren Stellung des Reichsversicherungsamtes habe er Rechnung getragen. Er könne aber nicht zu Gunsten eines ihm unterstellten Ressorts allein vorgehen, sondern müsse stets Parallele mit den andern Aemtern seines Ressorts ziehen. Mit der Resolution sei er im Prinzip einverstanden.

Der Etat des Reichsversicherungsamtes, sowie die Resolution werden schließlich genehmigt. Der Gesegentwurf, betreffend die Beschlagnahme des Dienstlohnens, sowie Konvertirung der 4proz. Reichsanleihe werden debattelos definitiv angenommen. Der Gesegentwurf betreffend die Zwangsversicherung und ebenso der Entwurf betreffend die Grundbuchordnung wurden en bloc angenommen. Nächste Sitzung am 8. März. Tagesordnung unbestimmt.

Eine Rede des Kaisers.

(Telegramm.)

* Berlin, 27. Febr. Das gestrige Diner des Brandenburgischen Provinziallandtages, dem Seine Majestät der Kaiser beizuhönte, nahm einen glänzenden Verlauf. Nach dem Braten hielt Oberpräsident v. Achenbach eine Rede, worin er darauf hinwies, daß die brandenburgische Fahne den Hohenzollern stets gefolgt sei.

Seine Majestät der Kaiser antwortete mit einem Trinkpruch auf die Markt Brandenburg. Er wies auf das vergebliche Streben des deutschen Volkes nach Einigung hin, die in alten Zeiten nur dem Kaiser Barbarossa gelungen sei. Seitdem zerfiel das Vaterland, bis die Vorsehung in Wilhelm dem Großen ein Instrument geschaffen, das nach erstem Verbeugung die Einigung herbeigeführt habe. Das Andenken Wilhelms des Großen ermähne zur Erfüllung großer Aufgaben, namentlich der Aufgaben im Kampf gegen den Umsturz mit allen zu Gebote stehenden Mitteln. Die Partei, die es wage, die staatlichen Grundlagen anzugreifen, die sich gegen die Religion erhebe und selbst nicht vor der Person des Allerhöchsten Herrn Halt mache, müsse überwunden werden. Der Kampf könne nur gelingen, wenn wir des großen Kaisers gedenken, dem wir das Deutsche Reich verdanken. Manche tüchtige Rathgeber standen ihm zur Seite; sie waren aber alle nur Werkzeuge seines erhabenen Willens. „Dessen eingedenk wollen wir in dem Kampfe nicht nachlassen, um das Land von der Krankheit zu befreien, die nicht nur das Volk durchseucht, sondern auch das Familienleben, vor allem aber das Heiligste, das wir Deutsche kennen, die Stellung der Frau zu erschüttern trachtet.“

* Zur Lage im Orient

(Telegramme.)

* Wien, 26. Febr. Der Minister des Aeußern, Graf Goluchowski, empfing heute den russischen Botschafter Grafen Kapnist. Graf Kapnist verweilte ungefähr eine halbe Stunde bei dem Minister.

* Paris, 27. Febr. Eine Meldung des „Journal des Debats“ besagt, wenn Griechenland sich weigere, dem Ultimatum der Mächte nachzugeben, so würden die Admirale dem Obersten Vassos mittheilen, daß die Schiffe, die die griechischen Truppen aus Athen gebracht hatten, in den Grund gehohlet werden würden.

* Paris, 27. Febr. Der „Temps“ schreibt, der Mittelpunkt des Interesses sei Athen; von dem Beschlusse des Königs Georg und seiner Minister hänge der Frieden Europas ab.

* London, 26. Febr. Unterhaus. Bryce Roberts fragt die Regierung, ob im November 1895 eine europäische Großmacht Großbritannien vorge schlagen habe, gemeinsam mit anderen Großmächten in die Dardanellen einzufahren und sich des Sultans zu bemächtigen, und was die Regierung auf diesen Vorschlag geantwortet habe. Parlamentsuntersekretär Curzon erwiderte, es sei kein derartiger Vorschlag der britischen Regierung gemacht worden. Bryce fragte alsdann, ob mithin Hanotaux' Erklärung inkorrekt gewesen sei. Curzon erwiderte: Nein. Es wurde gefragt, ob ein derartiger Vorschlag gemacht worden sei. Auf diese Frage habe ich geantwortet. Ich weiß nicht, daß Hanotaux etwas über einen uns gemachten Vorschlag gesagt habe.

* London, 27. Febr. Nach einem aus Athen hier eingetroffenen Privattelegramm hat der König beschlossen, die Note der Mächte anzunehmen.

* Rom, 26. Febr. Man versichert, daß jetzt alle Mächte nur darin einig sind, daß im Nothfalle Gewaltmaßnahmen gegen das widerspänstige Griechenland anzuwenden seien. Detailfragen über die zukünftige Gestaltung der Dinge in Kreta außer der Autonomie seien noch nicht beraten worden. Zwar wird auch heute hier geschildert von einer italienischen Okkupation Kreta's und sogar von einer Auslösung der Truppen für Kreta gesprochen, doch entspricht das Gerücht mehr den Wünschen gewisser Kreise; in Wirklichkeit kommt eine italienische Okkupation nicht in Frage.

* Rohatz (Ungarn), 27. Febr. Auf dem gestrigen Markt wurden bedeutende Pferdeankäufe für Griechenland gemacht. Die Pferde wurden, laut „Frk. Zig“, sofort nach Athen transportirt.

* Sofia, 26. Febr. Auf die Glückwünsche, welche das diplomatische Corps heute dem Fürsten Ferdinand zu dessen Geburtstag darbrachte, antwortete der Fürst, er fasse seine Mission als hervorragend friedlich auf. Sein Bestreben sei ein zivilisatorisches und humanitäres. Die Vertreter der Mächte werden in ihm stets einen Mitarbeiter bei dem gemeinsamen Friedenswerke finden.

* Konstantinopel, 27. Febr. Die Sendungen von Geschützen, Mäusergewehren und Munition nach Adrianopel dauern fort. Nach Meldungen aus Janina sind 10 000 Mann griechischer Truppen in Larissa konzentirt.

* Candia, 27. Febr. Von dem Gouverneur bewaffnete Türken hatten einen Zusammenstoß mit den Christen. Letztere erlitten dabei schwere Verluste.

* Canoa, 27. Febr. Die Kämpfe im Innern dauern fort.

* Athen, 27. Febr. Aus der vorherrschenden Stimmung geht hervor, daß hier die Autonomie Kretas als unannehmbare Lösung angesehen wird, die nicht geeignet sei, der Insel den Frieden zu geben, da die Anwesenheit türkischer Truppen immer Anlaß zu Unruhen geben würde. Da die Türkei mit starken Truppenzusammenschließungen an der Grenze vorgehe, sei Griechenland entschlossen, die nöthigen Maßnahmen zu ergreifen, um jedem Angriff vorzubeugen. 25 Deputirte der Mehrheit kündigten eine Versammlung an, worin der Beschluß festgestellt werden soll, wiederholt bei der Regierung vorstellig zu werden, daß sie auf der Politik des Widerstandes beharre. Die Ausschiffung von Lebensmitteln in Platonia mit Erlaubniß der Admirale, die sich nach der Subdabai begaben, nimmt ihren Anfang.

Die südafrikanischen Wirren.

(Telegramme.)

* London, 26. Febr. Parlamentarischer Untersuchungs-ausschuß. Nach Eröffnung der Sitzung verliest der Staatssekretär für die Kolonien, Chamberlain, ein Telegramm des früheren Gouverneurs der Kapkolonie, Sir J. Robinson, vom 24. d. M., in welchem Letzterer mittheilt, es sei wahr, daß er vertraulich mit Rhodes die Möglichkeit besprochen habe, im Falle eines Aufstandes in Johannesburg dorthin zu gehen, eine etwaige hierauf bezügliche Mittheilung an die Reformleute jedoch ohne sein Wissen erfolgt sei. Ehe er den Bericht über die Aussagen Rhodes gelesen habe, habe er nicht gewußt, daß das Wort „Chairman“ sich auf ihn bezog. Hierauf nahm Blake das Wort wieder auf. Rhodes sagte aus, er habe seinen Sekretär Harris, welcher seine Pläne vollkommen kannte, angewiesen, vertrauliche Mittheilungen an Personen in England zu machen, wobei er viel dem Ermessen Harris überlassen habe. Die von Harris erhaltenen Briefe und Telegramme habe er nicht nach England mitgebracht. Betreffs seiner Erklärungen hinsichtlich der angeblich beharrlich unfreundlichen Haltung Transvaals gegenüber der Kapkolonie befragt, erklärte Rhodes, er habe die Vorstellungen an Präsident Krüger vergeblich gefunden. Selbst im gegenwärtigen Augenblick werde er, Rhodes, für die Veranlassung dazu gehalten, daß Präsident Krüger die Richter unter die Kontrolle des Volksraths zu stellen wünsche. Des weiteren erklärte Rhodes, nicht er, sondern der Ausschuß habe darüber zu urtheilen, ob seine Betheiligung an den Vorbereitungen zu dem Einfall Jameson's

mit seiner Stellung als Premierminister unvereinbar gewesen sei. In jedem Falle aber habe er demissionirt.

Blake wies auf die Erklärungen Rhodes, betreffend den Einfluß einer fremden Macht in Transvaal, hin und sagte, er acceptire vollkommen die Ansicht Rhodes, daß derselbe guten Grund für diese Annahme habe. Rhodes antwortete, er freue sich, daß dies der Fall sei; denn wenn er seine Gründe auseinandersetzen dürfte, so könnte dies Schaden anrichten und bei einer befreundeten Macht Erregung verurursachen. Blake warf ein, wenn es sich um eine fremde Macht handelte, würde die Angelegenheit eine Reichsfrage werden. Rhodes gab dies zu, sagte aber, die Details seien lokaler Natur. Die Politik Transvaals sei die gewesen, eine fremde Macht einzuführen. Er habe die Frage mit verschiedenen Kapgouverneuren besprochen. Wenn der Einfall gelungen wäre, wäre die Union Südafrikas zu Stande gekommen, wodurch die Chartered Company großen Vortheil gehabt hätte. Er hoffe, die Union noch herbeiführen zu können.

Hierauf fragt Labouchère, ob Deutschland die erwünschte fremde Macht sei. Rhodes bejahte dies. Er glaube, Präsident Krüger habe gewünscht, den Einfluß Deutschlands in das verwickelte System in Südafrika einzuführen. Als Beweis hierfür verlas Rhodes einen Auszug aus einer Rede Krüger's bei dem Geburtstag des Deutschen Kaisers im Jahre 1895. Rhodes deutete die Rede dahin, daß Krüger beabsichtige, ohne Zustimmung der Königin Viktoria einen Vertrag zu schließen. Die Politik Transvaals in ihrer ganzen Richtung begünstige die Ausländer, besonders die Deutschen, gegenüber den Holländern und Engländern. Die Holländer vom Kap hätten keine Aussicht, eine Anstellung zu erhalten. Labouchère bemerkt, Präsident Krüger habe die Rede nach einem Diner gehalten. Rhodes erwidert: „Ja, aber Präsident Krüger trinkt nur Wasser.“ Die Buren versuchten, den Handel von den britischen Häfen nach der Delagoa-Bai abzulenken. Rhodes weist auf eine Rede des Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amtes, Freiherrn v. Marschall, hin, in welcher derselbe gegen ein Handelsbündniß der südafrikanischen Staaten Einwände erhoben hatte, da dies zum Ausschluß der deutschen Waaren führen würde. Er, Rhodes, sei bereit, seine Erklärung, daß die Verwaltung Transvaals korrupt sei, zu beweisen. Rhodes gab alsdann eine längere Darstellung der Beschwerden des Cap gegen Transvaal. Die Reformen in Transvaal würden sicherlich kommen, aber in verfassungsmäßiger Weise. Rhodes sprach Chamberlain von jedweder Kenntniß des Einfalles frei. Chamberlain habe nur allgemein davon Kenntniß gehabt, daß in Johannesburg Unruhen ausbrechen dürften.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 26. Febr. Der Reichstag hat in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf betreffend die Konvertirung der 4proz. Reichsanleihe definitiv angenommen. — Das Haus vertagte seine Sitzungen bis zum 8. März.

* Berlin, 26. Febr. Die persische Botschaft ist in außerordentlicher Mission, bestehend aus dem Generalmajor Sulaiman Chan, dem Legationsrath Mahommed Chan und dem Legationsrath Ismael Chan aus Paris hier eingetroffen. Sie wird in den nächsten Tagen von Seiner Majestät dem Kaiser empfangen, um die Thronbesteigung des Schahs von Persien zu notifiziren.

* Massana, 27. Febr. Der Chef des Generalstabs theilte den europäischen und eingeborenen Notabeln eine Depesche des italienischen Ministers des Auswärtigen mit, worin diese demeritirt, daß die italienische Regierung daran denke, die Kolonie Eritrea aufzugeben.

Verantwortlicher Redakteur Julius Kay in Karlsruhe.

Bürgerliche Rechtsstreite.

D. 76.2. Nr. 2303. Wolfach. Das Großh. Amtsgericht Wolfach hat heute verfügt:

Der Kreuzkapellenfond in Hausach, vertreten durch den lath. Stiftungsraath Hausach, behauptet, Eigentümer der Kreuzkapelle zu sein. Dasselbe steht auf dem Eigenthum der Fürstl. Fürstb. Ständeherrschaft auf Gemarkung Hausach im Distrikt Kreuzberg, st. Fürstl. Fürstb. Ständeherrschaft, adl. Norbert Schmid und Gemarkung Einbach — Lagerbuch Nr. 1173, Plan Nr. 20.

Da hierüber kein grundbuchsmäßiger Eintrag vorliegt, werden auf Antrag des lath. Stiftungsraath's Hausach alle diejenigen, welche an der beschriebenen Liegenschaft Eigenthumsrechte oder andere dingliche oder auf einem Stamm- oder Familiengutsverbande beruhende Rechte beanspruchen, aufgefordert, solche spätestens bis zum Termin von

Dienstag den 27. April l. J., Vormittags 10 Uhr, anzumelden, widrigenfalls diese Rechte für erloschen erklärt werden.

Wolfach, den 22. Februar 1897. Großh. bad. Amtsgericht.

Der Gerichtsschreiber: Kästig.

Bekanntmachung.

D. 121. Baden-Baden. Im Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Berger in Baden beträgt der zur Vertheilung verfügbare Massebestand 6680 Mk. 35 Pf.

Die Summe der noch ausstehenden bevorrechtigten Forderungen beträgt 109 Mk. 4 Pf., die Summe der nicht bevorrechtigten Forderungen 29,390 Mk. 60 Pf.

Baden-Baden, den 26. Februar 1897. Der Konkursverwalter:

Bonné, Rechtsanwält.

Vermögensänderungen.

D. 128. Nr. 2490. Karlsruhe. Die Ehefrau des Gustav Ferd. Banier in Pforzheim, vertreten durch Rechtsanwält Groß daselbst, klagt gegen ihren genannten Ehemann mit dem Antrage, sie für berechtigt zu erklären, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzulösen.

Termin zur Verhandlung des Rechtsstreits vor Großh. Landgericht, adl. Eivilkammer II, ist bestimmt auf:

Samstag den 3. April 1897, Vormittags 9 Uhr.

Dies wird hiermit zur Kenntnissnahme der Gläubiger bekannt gemacht.

Karlsruhe, den 28. Februar 1897. Gerichtsschreiberei des Großh. bad. Landgerichts. Hauck.

Freiwillige Gerichtsbarkeit.

D. 46. Nr. 8767. Mannheim. Zum Handelsregister wurde eingetragen:

1. Zu D. 3. 355 Gef. Reg. Bd. VII in Fortsetzung von D. 3. 193 Gef. Reg. Bd. VI. Firma: „Mannheimer Petroleum-Import von Philipp Roth“ in Mannheim.

Die Gesellschaft ist aufgelöst. Zu Liquidatoren sind bestellt: Paul Balzfelder und Heinrich Klingpor, beide Kaufleute in Mannheim, von denen jeder für sich allein zur Vertretung und Zeichnung der Liquidationsfirma befugt ist.

2. Zu D. 3. 723 Firm. Reg. Bd. IV in Fortsetzung von D. 3. 350 Firm. Reg. Bd. III. Firma: „Heinrich Lang“ in Mannheim und Zweigniederlassungen in Regensburg, Breslau und Berlin.

In Köln am Rhein ist eine Zweigniederlassung errichtet.

3. Zu D. 3. 236 Firm. Reg. Bd. II. Firma: „Heinrich Schwarz“ in Mannheim.

Die Firma ist erloschen und damit auch die der Heinrich Schwarz Ehefrau ertheilte Procura; das Geschäft ist mit Aktiven aber ohne die Anstände und ohne die Passiven von der zwischen Josef Krebs und Heinrich Stauffer errichteten offenen Handelsgesellschaft übernommen worden, welche daselbst unter der Firma „Heinrich Schwarz Nachfolger Krebs & Stauffer“ weiterführt.

4. Zu D. 3. 356 Gef. Reg. Bd. VII. Firma: „Heinrich Schwarz Nachfolger Krebs & Stauffer“ in Mannheim.

Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschaft sind:

Josef Krebs, Kaufmann in Mannheim, und Heinrich Stauffer, Kaufmann in Worms. Die Gesellschaft hat am 15. Februar 1897 begonnen.

5. Zu D. 3. 724 Firm. Reg. Bd. IV. Firma: „Heinr. Böell“ in Mannheim.

Inhaber ist Heinrich Böell, Kaufmann in Mannheim.

Der zwischen diesem und Antonio Hedwig Gutisch von Bruchsal unterm 7. Mai 1896 abgeschlossene Ehevertrag bestimmt, daß jeder Theil 50 Mark zur Gütergemeinschaft einwirft und alles übrige Vermögen von der Gemeinschaft ausgeschlossen wird.

6. Zu D. 3. 662 Firm. Reg. Bd. IV. Firma: „Gernsheim & Wachenheim“ in Mannheim: Ludwig Marx, Carl Graf und Hermann Gellert, sämmtliche in Mannheim, sind zu Kollektivprokuristen bestellt in der Weise, daß Ludwig Marx in Gemeinschaft mit einem der beiden letzteren zur Vertretung und Zeichnung der Firma berechtigt ist.

7. Zu D. 3. 357 Gef. Reg. Bd. VII. Firma: „Steinhardt & Ronai“ in Mannheim: Offene Handelsgesellschaft.

Die Gesellschafter sind:

Armin Ronai, Redakteur, und Ferdinand Steinhardt, Buchdrucker, beide in Mannheim. Die Gesellschaft hat am 15. Februar 1897 begonnen.

8. Zu D. 3. 358 Gef. Reg. Bd. VII. Firma: „Kieser & Streiber in Mannheim als Zweigniederlassung mit dem Hauptsitze in Karlsruhe.“

Offene Handelsgesellschaft. Die Gesellschafter sind:

Friedrich Kieser, Kaufmann in Karlsruhe, und Otto Streiber, Kaufmann in Mannheim. Die Gesellschaft hat am 13. Februar 1897 begonnen.

Der zwischen Otto Streiber und Emma Kettinghaus von Mühlheim a. Rh. unterm 7. Dezember 1888 errichtete Ehevertrag bestimmt den Ausschluß jeder Art der Gütergemeinschaft.

Dem Kaufmann Gustav Baer in Karlsruhe ist Procura ertheilt.

Mannheim, den 20. Februar 1897. Großh. Amtsgericht 3. Wittermaier.

Handelsregister-Einträge. 6.988. Nr. 2875. Donaueschingen.

In das diesseitige Handelsregister wurde unter dem heutigen Eintrage:

D. 3. 42. Firma Guggenheim & Cie. in Donaueschingen.

Teilhaber der offenen Handelsgesellschaft sind:

1. Der ledige Kaufmann Abraham Guggenheim, wohnhaft in Donaueschingen, und

2. der verheirathete Kaufmann Hermann Guggenheim, wohnhaft in Konstanz, worden. Derselbe wird hiermit aufgebeide selbständig zur Vertretung der Gesellschaft befugt.

Die Gesellschaft hat am 10. Februar 1897 begonnen.

Hermann Guggenheim ist verehelicht mit in diesem Kommandantur-Geschäfts-Klara, geb. Frank. Nach dem Ehever-trag (Militärarresthaus) anberaumten tag, d. d. Konstanz, 27. September Termin zu stellen, widrigenfalls er in die eheliche Gütergemeinschaft ein, Abwesenheitsverfahren für fahnenmäßig während alles übrige, gegenwärtige und erklärte und in eine Geldbuße von 150 fünfzig, fahrende und liegende Güter, während der Gütergemeinschaft nach Maßgabe der Be-

stimmungen des L.R.S. 1500 ausge-schlossen bleibt.

Donaueschingen, 15. Februar 1897. Großh. bad. Amtsgericht. Bucherer.

D. 73. Nr. 1662. Ettlingen. Zu D. 3. 92 des diesseitigen Firmenregisters — Firma Aron Löb in Malsh — wurde heute eingetragen:

„Die Firma ist erloschen.“

Ettlingen, den 23. Februar 1897. Großh. bad. Amtsgericht. Zimpfer.

Berichtigung. D. 103. Nr. 3853. Baden. Der Handelsregister-Eintrag im Blatt vom 11. d. Mts. D. 3. 96 soll die Firma wie folgt benennen: Dr. Goldermann & Beutenmüller in Lichtenthal.

Baden, den 22. Februar 1897. Großh. Amtsgericht I. Fr. Mallebrein.

Strafrechtspflege.

Vorladung. D. 120. Z.-Nr. 262. II. Raftatt.

Wider den Militärkrieger der 1. Kompag. Infanterie-Regiments von Litow (1. Rhein.) Nr. 25 Josef Kuder von St. Pilt, Kreis Rappoltsweiler (Elsaß), ist der förmliche Desertionsprozeß eröffnet worden. Derselbe wird hiermit aufgefordert, sich innerhalb drei Monaten, spätestens aber in dem auf

Samstag den 12. Juni l. J., Vormittags 10 Uhr,

Raftatt, den 24. Februar 1897. Königl. Kommandantur, Gericht.